

neut durchgeführt werden. Schließlich geht es um die Ausweitung der alle zehn Jahre durchzuführenden Wiederholungsüberprüfung.

Außer dem Bayerischen Landesamt für Datenschutzaufsicht sind auch die Verbände gehört worden. Wir können heute feststellen: Rückgemeldet haben sich die Deutsche Polizeigewerkschaft, der Bayerische Beamtenbund und die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst sowie der Bayerische Städtetag. Die Deutsche Polizeigewerkschaft und der Beamtenbund haben Zustimmung signalisiert und keine Einwände erhoben. Die Einwände der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und des Städtetags konnten im Anschluss entkräftet werden, sodass ich abschließend sagen kann, dass wir dem Änderungsentwurf zum Bayerischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz zustimmen werden.

Wir danken der Verwaltung für die sehr ausführliche Vorbereitung. Es handelt sich um ein Gesetz mit tiefgreifenden Überprüfungsmöglichkeiten. Dies muss entsprechend sorgfältig vorbereitet sein. Lieber Innenminister, alles perfekt auf den Weg gebracht! – Ihnen danke ich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, will ich einen früheren Kollegen, nämlich Herrn Raimund Kamm, auf der Tribüne begrüßen. Herzlich willkommen! – Barbara Stamm, unsere frühere Präsidentin, ist heute auch im Haus. Vielleicht sieht sie jemand. Sie wollte aber nicht in die Sitzung kommen.

Als Nächster hat Kollege Stefan Löw für die Fraktion der AfD das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Stefan Löw (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zeiten ändern sich, Technologien ändern sich, und auch Gesetze müssen sich ändern, vor allem, wenn diese die Sicherheit unseres Landes betreffen. Insofern ist es Zeit geworden, dieses Gesetz zu aktualisieren. Mich erfreut, dass auf Kritikpunkte der Opposition im Bundestag eingegangen wurde. Andere Punkte, insbesondere die restriktive Einstufung von Dokumenten als Verschlussache, sind auch im jetzigen Entwurf weiterhin zu beanstanden.

Wir von der AfD wollen auch im Bayerischen Landtag im Ausschuss mit konstruktiven Vorschlägen einen Beitrag leisten. In der Gesetzesänderung ist bereits enthalten, dass geprüft wird, ob Kontakte zu verbotenen Organisationen, Geheimdiensten und Organisationen, die den Betroffenen zur Verschwiegenheit verpflichten, bestehen. Unser Vorschlag soll eine weitere Schwachstelle beheben. So müssen auch solche Organisationen aufgenommen werden, die von ausländischen Staaten beeinflusst werden und die das Ziel verfolgen, das gesellschaftliche Leben in unserem Land negativ zu verändern, oder Organisationen, die für Anbahnungs- oder Werbeversuche missbraucht werden könnten. Diese Staaten fühlen sich mit ihren Zielen nicht an unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gebunden. Oft sind ihre Ziele sogar komplett gegensätzlich dazu. Dieser Gefahr müssen wir begegnen.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Für die FREIEN WÄHLER erteile ich dem Kollegen Wolfgang Hauber das Wort.

**Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Man hört schon an den Redebeiträgen, und zwar auch aus Oppositions-